

# Baugewerkschaft

## Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 3 Mark (ohne Postgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. + Redaktionschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung  
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Inserate 3 Mark, Reklame 9 Mark, für Veranlagungsanzeigen 50 Pf. pro Zeile. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

### o nur nicht müde werden!

o nur nicht müde werden!  
alles andere! . . .  
nur nicht müde werden!

Ich meine nicht: vom äußern Lärm des Tages,  
nicht vom Gedränge kleiner Unrubstunden . . .  
das alles löst sich immer ganz von selbst . . .  
und löst sich's nicht,  
so wirf es hinter dich . . .  
das große Ziel nur laß dich nicht verbiegen!

Es kann ein trüber Tag dich wohl verstimmen,  
es kann Enttäuschung müde dich machen,  
es kann Verdruß ob so viel plumpem Schwundel  
zu jähem Jörn vielleicht die Faust dir ballen,  
es kann dir auf die Nerven fallen:  
lobnt sich's denn überhaupt, zu siegen!

Das alles löst sich immer ganz von selbst,  
das innere Ziel nur laß dich nicht verbiegen,  
und dich nicht müde machen . . .  
müde . . . in der Tiefe,  
da, wo die Quellen des Lebens liegen.

Edgar Scheffler

### Der neuer

### Gewerkschaftszersplitterung?

Die Entwicklung seit dem Kriege hat den deutschen Gewerkschaften eine gewaltige Steigerung ihres Einflusses gebracht, auch auf politischem Gebiete. Davon dürfte sich auch in der Zukunft kaum etwas ändern, eher ist anzunehmen, daß der mittelbare und unmittelbare Einfluß der Gewerkschaften auf den Gang der Staatsgeschäfte und natürlich erst recht auf den Gang der Wirtschaft noch größer wird. Bei dieser Sachlage gewinnt die Frage, von welchem Geiste die größte deutsche Gewerkschaftsgruppe, die freien Gewerkschaften, getragen ist, eine ganz andere, und zwar allgemeine Bedeutung. Die Vorgänge, die dort augenblicklich sich abspielen, müssen insbesondere von uns christlichen Gewerkschaftlern mit höchster Aufmerksamkeit verfolgt werden.

Die mit der Revolution einsetzende gewerkschaftliche Hochkonjunktur hat den freien Gewerkschaften eine gewaltige Mehrung ihrer Mitgliederzahlen gebracht. Das äußerlich glänzende Bild ändert sich radikal, sobald man die Frage aufwirft, ob der Zuwachs an innerer Kraft und Geschlossenheit mit dem äußeren Wachstums gleichen Schritt gehalten hat. Das ist rundweg zu verneinen. Noch niemals waren die freien Gewerkschaften in sich so uneinig und zerrissen und deshalb so schwach, wie das gegenwärtig der Fall ist. Das Wort von dem Koloss auf wackrigen Füßen ist, auf sie angewandt, heute keine Übertreibung mehr.

Bis zum Kriege lebten die freien Gewerkschaften einen verhältnismäßig sorgenfreien Tag. Sie hatten sich einseitig an die politische Sozialdemokratie gehalten und konnten zuzugewandten in deren Schatten. Zwar tobte damals schon in der Partei der Kampf zwischen Radikalen und Gemäßigten (Revisoren), aber die Gewerkschaften wurden dadurch nicht allzusehr berührt. Die Masse der Gewerkschaftsmitglieder nahm an den Streitigkeiten keinen sehr regen Anteil, die Führer fanden zumeist im Lager der Gemäßigten. Das führte zwar gelegentlich zu mehr oder weniger ernstlichen Mängelreden mit der in der Partei herrschenden radikalen Richtung, aber die Freundschaft zwischen beiden hat dadurch kaum getrübt werden können. Als auch der Streit um die Stellung der Gewerkschaften zu der Partei — radikale Parteikreise wollten den Gewerkschaften nur eine Nebenrollenrolle zuweisen — in einem die Gewerkschaften befriedigenden Sinne entschieden worden war, war vollends jedes Hindernis gefallen, das einer möglichst engen Gestaltung des Verhältnisses der Gewerkschaften zu der Partei noch hindernd hätte im Wege stehen können. Man schloß das bekannte *Wannheimer Abkommen* (1900), das die Stellung

heit von Partei und Gewerkschaften feststellte und nur die beiderseitigen Aufgabengebiete verschieden abgrenzte. Bereits ein Jahr vorher hatte Bömelburg, der verstorbene Führer des Deutschen Bauarbeiterverbandes, auf dem Kölner Gewerkschaftskongress das seitdem viel zitierte Wort geprägt: „Partei und Gewerkschaften sind eins.“

Diese enge Geistes- und Waffenbrüderschaft konnte naturgemäß nur solange Bestand haben, als es nur eine sozialdemokratische Partei gab. Sobald mehrere sozialistische Parteien vorhanden waren, mußte notwendigerweise der Kampf der Richtungen um die politische Macht in der Partei auch in die freien Gewerkschaften hineingetragen werden. Dieser Fall wurde praktisch, als im Jahre 1916 die Unabhängige sozialdemokratische Partei sich von der bisherigen Einheitspartei abzweigte und sofort den schärfsten Kampf gegen die alte Sozialdemokratie aufnahm. Die daraus für die freien Gewerkschaften sich ergebenden Schwierigkeiten setzten sofort nach Beendigung des Krieges ein. Eine kurze Weile schien es, als wollte die unabhängige Presse gegen die Gewerkschaften selbst Sturm laufen. Man erkannte aber rasch, daß der Kampf für die unabhängige Partei mit viel mehr Aussicht auf Erfolg in der Hand der Gewerkschaften geführt werden könnte. Es wurde die Parole ausgegeben, die Gewerkschaften seien zu erhalten, jedoch müßten sie als brauchbare Werkzeuge im revolutionären Klassenkampf ausgebaut und umgestaltet werden. Demgemäß wurde überall von den Unabhängigen der Kampf um die Befreiung der Führerrollen aufgenommen. Neben den Unabhängigen kämpften auch damals schon die Kommunisten um den maßgebenden Einfluß in der freigewerkschaftlichen Bewegung, jedoch durchweg mit wenig Erfolg. Den Unabhängigen dagegen gelang es in überraschend großem Umfange, die alten mehrheitssozialistischen Führer aus ihren Ämtern zu verdrängen und die eigenen Parteigänger an ihre Stelle zu setzen. Die Radikalisierung der freien Gewerkschaften wurde dadurch stark gefördert, freilich kam, wenn man genauer zusieht, mehr Wort- als Tatradikalismus zum Vorschein. Gewerkschaftsarbeit ist nun einmal praktische Arbeit, gerichtet auf praktische Ziele, und wer solche zu leisten gezwungen ist, dessen Radikalismus flaut erfahrungsgemäß schon sehr bald ab. Das bezeichnende Beispiel hierfür bilden die bekannten Vorgänge im sozialistischen Metallarbeiterverband, der sich bereits im Frühjahr 1919 eine unabhängige Zeitung zulegte und die dann auf Schritt und Tritt beweisen mußte, daß sie auch nur mit Wasser kochen konnte, zumal nach dem völlig verfehlten und ergebnislos verlaufenen Berliner Metallarbeiterstreik, der fast das ganze Verbandsvermögen aufgebracht hatte. Die größere Gefahr des unabhängigen Machtrebens wirkte sich zweifellos nach innen, also auf die freien Gewerkschaften selbst aus. Das ständige Auseinanderklaffen der parteipolitischen Gegensätze in den Gewerkschaften wirkte auf diese höchst zersetzend und ließ die Gefahr der Organisationszersplitterung immer bedrohlicher erscheinen.

Die Größe dieser Gefahr wurde von den verantwortlichen Stellen in den freien Gewerkschaften wohl erkannt. Es kam der Rürnderger Gewerkschaftskongress, auf dem die parteipolitische Neutralität der Gewerkschaften beschlossen wurde. Wie sie gemeint war, darüber konnte von vornherein ein Zweifel nicht bestehen: nämlich als Neutralität lediglich den drei sozialistischen Parteien gegenüber. Das schließt nicht aus, daß sich die freien Gewerkschaften christliche und nichtsozialdemokratische Arbeiter als Mitläufer und vor allem als Beitragszahler gerne gefallen lassen, und leider gibt's hierher Dummheit noch eine erledliche Anzahl. Was der Neutralitätsbeschluss bezwecken sollte, ist klar: Er sollte Schutz bieten gegen ein weiteres Uebergreifen des politischen Meinungsstreites auf die Gewerkschaften und so die diesen drohende Zersplitterung verhindern. Heute steht fest, daß dieser Schutz versagt hat. Er hätte nur wirksam werden können, wenn die verschiedenen Parteirichtungen von sich aus bereit gewesen wären, dem Beschluß nun auch wirklich

zu respektieren. Das war aber höchstens bei den Mehrheitssozialisten der Fall. Die Unabhängigen haben nie ein Gehl daraus gemacht, daß sie in den Gewerkschaften lediglich Werkzeuge ihrer Parteipolitik sehen, und daß sie demgemäß „ungebildet“, d. h. politisch radikalisiert werden müßten. Der Hauptkampf galt überall den Mehrheitssozialisten, die offen als Verräter an der Arbeiterklasse beschimpft und deshalb nach Möglichkeit von den Führerstellen in den Gewerkschaften ausgeschaltet wurden. Ganz neuerdings macht sich eine Annäherung von Mehrheitssozialisten und Unabhängigen bemerkbar. Die Unabhängigen setzen sich nach früherem starken Ziehungeln mit Moskau wieder mit aller Kraft für die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale ein, und bei den Wahlen zu den örtlichen Verwaltungsposten kommt es manchmal schon vor, daß die ehemals so feindlichen Brüder gemeinsam vorgehen. Die Erklärung ist sehr einfach: Mehrheitssozialisten und Unabhängige haben erkannt, daß sie sich nicht mehr als die alleinigen oder Hauptgegner gegenüberstehen, sondern daß ihnen ein gemeinsamer Gegner erwachsen ist, der sie beide mit Untergang und Vernichtung bedroht: Die Kommunisten.

Es ist keine Frage, daß das neuerdings einsetzende höchst aktive und planmäßige Vorgehen der Kommunisten für die freien Gewerkschaften eine ganz andere Gefahr bedeutet, als das bisherige Treiben der Unabhängigen. Die Vorgeschichte der gegenwärtigen Wirren ist noch in frischer Erinnerung. Bis zum Sommer des vorigen Jahres war es unverkennbar das Bestreben der Unabhängigen, die Gewerkschaften der Moskauer Tendenz dienstbar zu machen. Die Ernüchterung trat ein, als die Führer der Unabhängigen wie begossene Kugel von dem Moskauer Bolschewistenkongress zurückkehrten, auf dem sie die Aufnahme ihrer Partei in die dritte Internationale hatten nachsuchen wollen, und vollends, als die 21 Bedingungen bekannt wurden, unter denen die Moskauer roten Herrschaften diese Aufnahme zugehen wollten. Die Folge war der Zerfall der U. S. P. Der rechte Flügel blieb in der Partei, der linke vereinigte sich mit den Kommunisten und bildete mit diesen die Vereinigte kommunistische Partei Deutschlands (S. K. P. D.), Sektion der dritten Internationale. Die Wirkungen dieses Schrittes übertrugen sich automatisch auf die freien Gewerkschaften. Viele bis dahin rein unabhängige Verwaltungen waren plötzlich in zwei feindliche Heerlager gespalten, bei den Mitgliedschaften zeigte sich die Wirkung darin, daß die bis dahin meist ein recht beiseitegesetztes Dasein führenden Kommunisten unerwartet großen Zuzug erhielten, was begreiflicherweise nicht gerade mäßigend auf sie einwirkte. Ungleich größer war die Gefahr, die dadurch entstand, daß die Kommunisten Moskau gegenüber sich verpflichtet hatten, in den freien Gewerkschaften kommunistische Kräfte zu bilden, die im Sinne Moskaus wirken und den Anstoß der Gewerkschaften an die Moskauer Internationale betreiben sollen. Daß es sich hierbei nicht um bloße Drohungen handelt, wird durch die augenblicklich sich abspielenden Vorgänge bewiesen. Im Deutschen Bauarbeiterverband ist die kommunistische Fraktion bereits gebildet, im sozialistischen Metallarbeiterverband wird sie voraussichtlich am 28. Februar gebildet werden. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis auch in den übrigen freien Gewerkschaftsverbänden sich das Gleiche vollzieht. Am übelsten wurde dem sozialistischen Handarbeiterverband mitgeteilt, von dem sich bereits einige Bezirksorganisationen als selbständige Organisationen abgespalten haben. Ob unter diesen Umständen die Einheit der sozialistischen Gewerkschaftsbewegung sich noch lange wird aufrecht erhalten lassen, darf man fraglich bezweifeln.

Man mag diese Entwicklung im Interesse einer ruhigen und organischen Fortentwicklung unserer inner- und außerpolitischen Verhältnisse und vor allem im Interesse der Arbeiterschaft selbst bedauern, sie ist schließlich nur selbst verschuldet. Dadurch, daß sich die freien Gewerkschaften von vornherein einseitig sozialorientierten und sogar die religionsfeindlichen Tendenzen der politischen Sozialdemokratie übernahmen,

haben sie selbst den Spaltwille in die Gewerkschaftsbewegung gelegt. Wäre in Deutschland eine politisch unabhängige und nicht religionsfeindliche Gewerkschaftsbewegung geschaffen worden, es wäre wahrscheinlich niemals zur Gründung christlicher Gewerkschaften gekommen, und auch die jetzt brohende weitere Zersplitterung wäre vermieden worden. Es wird auch hier das Dichterwort bestätigt: „Das Gift sieht auch frei, beim Bienenfeld ihr Knechte.“

Demgegenüber kann die christliche Gewerkschaftsbewegung mit Verneinung von sich feststellen, daß sie über alle Revolutionen hinweg ihre organisatorische und prinzipielle Einheit und Geschlossenheit gewahrt hat, sie steht heute, nach dem Essener Kongress, gefestigter da als je. Das bestätigt nicht nur die Wichtigkeit unserer Auffassung vom Wesen und den Aufgaben der Gewerkschaft, sondern stärkt auch unser Vertrauen in die Zukunft, die den schließlichen Sieg unserer Grundsätze und Ideen bringen wird und muß. Unsere Meinung vom deutschen Arbeiter ist zu hoch, als daß wir glauben könnten, er würde sich dauernd zum Spielball der Leidenschaftlichen politischen Demagogen machen lassen. Einmal wird die Stunde kommen, wo er sich zu seinem besseren Selbst zurückfindet, und dann werden Vernunft und der Glaube an eine höhere sittliche Idee sich auch in der deutschen Arbeiterbewegung Siegreich durchsetzen. Die Aufgabe, die uns im Augenblicke obliegt, heißt: Mit aller Kraft arbeiten an der Stärkung unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung, insbesondere unseres christlichen Bauarbeiterverbandes.

## Unsere Lebensmittelversorgung

Die Frage der Lebensmittelversorgung beschäftigt in letzter Zeit viel die Öffentlichkeit. Ende November fanden auf Einladung des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft Verhandlungen mit den Vertretern sämtlicher landwirtschaftlicher Organisationen einschließlich der Landarbeiter und der landwirtschaftlichen Arbeitgeber, sowie zahlreicher landwirtschaftlicher Abgeordneter statt, die sich besonders mit der Frage der Brotversorgung beschäftigten. Anfang Dezember war in Weimar eine Konferenz von Vertretern der Länder, um zu den stehenden Verhandlungen Stellung zu nehmen. Sodann fand im Reichstag in der Sitzung vom 6. Dezember eine lebhafte Debatte über die Lebensmittelversorgung statt; Minister Dr. Hermes gab in einer längeren Rede Aufklärung. Was aus den Verhandlungen und amtlichen Nachrichten in der Folge ergibt sich folgendes Bild:

**Getreideversorgung.** Die die Grundlage unserer Nahrung bildet, steht es in diesem Jahr mit so geringem, als im verflochtenen. Das ist ein- und zweifach bedauerlich, weil die schlechtere Ernte, die in diesem Wirtschaftsjahr auf 7 Millionen Tonnen geschätzt wird, gegenüber 8 1/2 Millionen Tonnen im Vorjahr und etwa 9 Millionen Tonnen im Wirtschaftsjahr 1918. Daran ergibt sich allein schon ein Verlust von rund 2 1/2 Millionen Tonnen; wenn auch hierzu noch 250 000 Tonnen durch die Freigabe von Getreide zur Verwertung gedeckt werden, so fehlen immer noch über zwei Millionen Tonnen. Es kommt hinzu eine mangelhafte Ablieferung von Getreide seitens der Landwirtschaft. Einige Stellen bemerken deutlich, daß die Landwirtschaft mit der Getreideernte noch im Rückstand ist. Die Reichsgetreidekasse hat z. B. bis zum 21. November nur 622 532 Tonnen Brotgetreide erntet, gegen 1 022 211 Tonnen bis zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres. Der Lagerbestand ist demnach zurückgegangen. Im Monat Oktober betrug die tägliche Lieferung nur 230 Tonnen gegenüber 17 200 Tonnen im gleichen Monat des Vorjahres. Wegen auch einige Entschuldigungsgründe dürfte sich dies nicht ändern werden können, an der Tatsache ist nicht zu zweifeln, daß die Landwirtschaft nicht das getan hat, was sie hätte tun können und was ihr Pflicht gewesen wäre. Ob das durch die Entlastung der landwirtschaftlichen Organisationen, die die Landwirtschaft an ihre Pflicht erinnern oder durch stärkere Jugendmaßnahmen wieder gut gemacht werden kann, muß erst festgestellt werden. Für die daraus entstehenden Folgen wird die Landwirtschaft also zum großen Teil verantwortlich zu machen sein. Das höchste Getreide muß nun aus dem Ausland beschafft werden. In diesem Jahr werden nur eine Menge von 2 1/2 Millionen Tonnen, davon sind noch 1 Million Tonnen gekauft werden müssen. Die 2 1/2 Millionen Tonnen entsprechen nur 15 Millionen Reichsmark, was bei dem Preis von 14,25 M. je Tonne. Sicherlich werden diese Mittel beschaffen werden müssen, um den Preis nicht zu halten. Ob das bei unserer künftigen Lage auch möglich sein wird,

wird in maßgebenden Kreisen bestritten. Es muß deshalb unter allen Umständen nicht nur die Produktion im Lande gehoben, sondern auch vor allem darauf geachtet werden, daß die Landwirtschaft ihre Ablieferungs-pflicht erfüllt.

Bezüglich der Kartoffelversorgung sind wir etwas günstiger daran wie im verflochtenen Jahre. Das geht daraus hervor, daß im Oktober z. B. 162 772 Eisenbahnwagen für Kartoffeln bereitgestellt worden sind, gegen nur 84 000 im Oktober vorigen Jahres. Im November dieses Jahres wurden doppelt soviel Wagenladungen auf den Weg gebracht, als im November 1919. In Summa wurden in der Zeit bis zum 13. November auf der Eisenbahn befördert: 61 772 000 Zentner, gegen 39 794 250 Zentner in der gleichen Zeit des letzten Jahres. Ob das eine Folge des freien Handels ist, oder weil mehr Kartoffeln vorhanden sind, wird man nicht klar entscheiden können. Jedenfalls hat auch die Höhe des Preises (man hat bis zu 50 M. und mehr für den Zentner gefordert und auch erhalten) die Landwirtschaft bewegt, mehr Kartoffeln abzugeben. Ein großer Teil der Bevölkerung konnte sich deshalb mit Kartoffeln für den Winter eindecken.

Mit der Milch- und Butterversorgung sieht es traurig aus. Wenn auch unser Viehbestand zahlenmäßig etwa der gleiche ist, wie in den letzten Jahren, so ist doch die Qualität des Viehes infolge des fehlenden Futters zurückgegangen. Hinzu kommt, daß die Maul- und Klauenseuche verheerend gewirkt hat. Die Spenden, die wir aus dem Ausland bekommen, können den Ausfall natürlich nicht ausgleichen. Trotzdem verlangt die Entente noch die Ablieferung von 800 000 Milchzügen. Jeder gerecht denkende Mensch muß diese Forderung mit Entrüstung zurückweisen. Es ist uns zwar gelungen, in bezug auf die Frist etwas Entgegenkommen zu finden, jedoch verzichtet haben unsere Feinde auf ihre Forderung nicht.

Die Fleischversorgung ist seit dem 1. Oktober nicht mehr der öffentlichen Bewirtschaftung unterworfen. Das konnte man alsbald nach Aufhebung der Zwangswirtschaft an den überfüllten Fleischmärkten sehen — aber auch an den Preisen. Da auf dem Lande für Vieh jeder Preis gezahlt wird, besteht die Gefahr, daß mehr Vieh abgetrieben wird, als gut ist, und man hört da und dort schon, daß sogar tragende Kühe in den Schlachthöfen wandern. Das kann ein Ende mit Schrecken geben. Man ist deshalb in manchen Gemeinden und Kreisen dazu übergegangen, wieder einzugreifen. Die weitere Entwicklung muß zeigen, ob nicht wieder Maßnahmen getroffen werden müssen, um sowohl die Landwirtschaft als auch den Handel zu beruhigen.

Die Del- und Fettversorgung ist ebenfalls freigegeben. Die Versorgung gestaltet sich befriedigend. Die Lebensmittelversorgung der Einfuhr ist einem Ausschlag überlassen.

Die Zuderversorgung hat in diesem Jahr ihren Tiefstand erreicht. Das trifft aber nicht nur für Deutschland, sondern für die ganze Welt zu, weil die Weltproduktion von 1912/13 bis 1920 um 2,8 Millionen Tonnen zurückgegangen, während der Bedarf gestiegen ist. Um den Rückstand zu fördern, sind entsprechende Maßnahmen getroffen. Der Ausfall aus der kommenden Zuckerernte wird gegen 20 Millionen Zentner Verbrauchs-güter geschätzt. Auch die mangelhafte Kohlenversorgung wirkt ungünstig auf die Zuckerproduktion ein. Man hofft jedoch in absehbarer Zeit in Deutschland wieder so viel Zucker erzeugen zu können, um nicht nur auf die Einfuhr verzichten, sondern sogar noch Zucker ausführen zu können.

Der Fleischhandel wird sehr stark durch die Freigabe der meisten Erzeugnisse abgedeckt. Kartoffeln, Gemüse, Obst, Hülsenfrüchte, Reis, Getreide, Rohstoffe usw. sind im freien Handel zu haben. Beschränkungen bestehen nur noch für Getreide, Milch, Butter und Zucker. Man kann deshalb nicht mehr sagen, was heute nur leben, wenn man sich des Fleischhandels bediene. Das ist eine glänzende Sache. Die Moral des Volkes wird hierdurch wieder gehoben werden. Die Preise für die freigegebenen Produkte sind gesunken. Ob das auch die Dauer so bleiben wird, steht dahin. Jedenfalls ist die Lebensmittelversorgung heute nicht mehr so sehr eine Angelegenheit als eine Festschneidung. Wenn die Produktion noch mehr steigt und damit das Angebot, dürfte der Preis von selbst sinken. Die Regierung hat zur Förderung der Produktion und um die Kräfte zu vermehren, auch zur Steigerung der Einfuhr entsprechende Maßnahmen getroffen. Bis wann diese sich allerdings auswirken, kann heute noch nicht gesagt werden.

Wenn man auch in der kommenden Zeit noch sparen muß, so besteht doch keine Ursache zum Verzweifeln und von einem bevorstehenden Zusammenbruch unserer Lebensmittelversorgung zu reden.

## Allgemeines

**Mehr Mannesmut!** Es braucht in den Betrieben nicht so toll zugehen, wie es tatsächlich oft zugeht, wenn die Vernünftigen und Einseitigen sich mehr auf ihre Stärke verlassen und den Putschisten und Extern entgegengetreten wollten. Leider gelang es erst kürzlich wieder einem Landvolk Führer, die Arbeiter der Thyssenhütte bei Hannover gegen den erklärten Willen der Gewerkschaften in einen wilden Streik zu ziehen. Diese betrübliche und leider nicht vereinzelt dastehende Erscheinung gab dem ergrauten Führer des christlichen Metallarbeiterverbandes, Kollegen Weber, auf einer Konferenz christlich-nationaler Vertrauensmänner in Duisburg Veranlassung zu folgenden beherzigenswerten Mahnungen:

**Mehr Mannesmut!** Ist es nicht beschämend, wenn wir heute sehen müssen, wie eine verhältnismäßig kleine Zahl von unvernünftigen Elementen vor den Toren Duisburgs Tausende von Arbeitern auf die Straße bringt? Ein großer Teil der Arbeiter bringt nicht den Mut auf, diesen radikalen Elementen gegenüber den Mann zu stellen. (Sehr richtig!) Ist es nicht beschämend, wenn Arbeiter in Anbetracht der traurigen Lage des deutschen Volkes unmittelbar vor der feindlichen Besatzung das traurige Schauspiel bieten, mit klingendem Spiel (Fest) vor andere Werkstätten und Fabriken hinzuziehen, um die Leute zu veranlassen, ebenfalls die Arbeit niederzulegen. Fragt man, warum sie streiken, dann wissen es die Leute meist selber nicht. (Sehr richtig!) Ist denn die vernünftig denkende Arbeiterschaft so tief gesunken, daß sie sich jedem Terror fügt? Denken denn diese Leute nicht daran, welches Elend über ihre Familien kommt, wenn sie wochenlang auf der Straße liegen? Diese wilden Putschisten, wie sie heute von den Syndikalisten und Radikalisten herbeigeführt werden, werden von den Gewerkschaften nicht unterstützt; die Leute bekommen natürlich keine Unterstützung. Es ist ein Frevel, so groß, wie ich ihn mir gar nicht vorstellen kann, daß ein Familienvater so bemutigt Frau und Kinder dem Hunger und dem Elend preisgeben kann. Und wenn dort noch so viel Männer zusammenstehen, und heute hier im Saale, dann müssen die ausreichen, um dort den Weg zu bahnen in die Werkstätten, wo man ohne Ursache herausgegangen ist. Es muß aufhören, daß, wenn irgendein radikaler sog. Betriebsrat Brandreden hält, dann auch nicht einer den Mut findet, dem entgegenzutreten, sonst macht alles Neben nichts. Der Arbeitsmann hat an erster Stelle zu zeigen, was er will, nicht bloß in der Führung der Produktion, sondern auch in der Verteidigung seiner Rechte. Wenn früher das Unvernünftige die Arbeiterschaft niederdrückte, wie immer geschrien wurde, dann sind es heute die wilden Betriebsräte mit ihrem Anhang, die die Freiheit und die Rechte der Arbeiterschaft mit Füßen treten. Wir machen solche Frevel nicht mit, das sind wir unserem Vaterlande, unserer Familie und nicht zuletzt auch unserer Ehre schuldig. (Sehr. Bravo.)

**Einmal der den Parteikrauel fass hat.** Die Berliner unabhängige „Freiheit“ (Nr. 64, 1921) berichtet von einem Stuttgarter Genossen, „der die Kriegspolitik der Rechtssozialisten mit größter Leidenschaftlichkeit bekämpft hat, heute noch stark die Reformpolitik vertritt, während des Krieges im Spartakusbund hervorragend tätig war und bis zum Moskauer Kongress der R. F. D. angehörte“, und jetzt in einem Brief an die „Gauzeitung des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes in Stuttgart“ folgendes schrieb:

„Was nun die politischen Richtungen betrifft, so stehe ich zurzeit über denselben, d. h. ich gehöre einer bestimmten Richtung nicht an. Mir ist es tatsächlich zum Ziel, diese Ideengegensätze zu beschlimpfen, als ob jeder, der eine andere Meinung hat, ein Verräter oder Schuft wäre usw. Ich meine und bin zu der Überzeugung gelangt, daß auch Gegner, soweit sie sich in Klassenparteien gegenüberstehen, es mit ihrer Meinung durchaus ehrlich meinen können. Ich habe sogar Mehrheitssozialisten kennen gelernt, welche in Punkt Überzeugungsgleichheit manchen Linksstehenden ein Beispiel sein könnten.“

Wie diesem Arbeiter wird es sicher vielen Mitgliedern der freien Gewerkschaften ergehen: Sie fühlen sich ergriffen von dem Parteikrauel und wenden sich ergötzt ab. Nur werden viele noch einen Schritt weiter gehen wie der Briefschreiber und mit dem Austritt aus der Partei auch der Gewerkschaft Partei sagen, und so erneut das Heer der Unorganisierten und der — Gelben vermehren. Das Neuanleben der gelben Bewegung in letzter Zeit läßt heute schon eine andere Deutung nicht zu. Was sagen übrigens die Fallschirmorganisierter, d. h. die noch christlich und nicht-sozialdemokratisch Denkenden in den freien Gewerkschaften zu den politischen Kampfbegriffen, die dort auf ihrem Hüften und mit auf ihre Köpfe aufgetragen werden? Es ist unsere Pflicht, sie anzuklären und für unsere christlichen Gewerkschaften zurückzugewinnen.

**Verbraucherkammern?** Die Not der Verbraucher ist groß. Ihre wirtschaftspolitische Interessenvertretung aber ist demoralisiert. Sie ist schlecht, weil sie zerstückelt ist. Interessensvertretung der Verbraucher treiben die verschiedenen Konsumvereine, Genußgenossenschaften, Hausfrauenvereine, Muttervereine, Elternvereine, Gewerkschaften usw. Jede Organisation treibt Verbraucherschutz für sich allein, ohne Kenntnis dessen, was die anderen tun. Die selbständigen Produzenten dagegen arbeiten in großen Zentralorganisationen und kämpfen mit vereinter Kraft in den verschiedenen Verbraucherkammern usw. Was bei den Produzenten seit Jahrzehnten besteht, wollen nun auch die Konsumenten schnellstens in die Tat umsetzen. Sie verlangen den Zusammenschluß aller Verbrauchervereinigungen und wählen daher als Forum die Verbraucher-Kammern. Kammern genügen besonders Notlage und sind vom Staat rechtlich sanktioniert. Verbraucherkammern sollen die wirtschaftspolitischen Interessen der nicht gewerblichen Verbraucher vertreten, sie sollen die

# Kollegen! Werbt für unsere christlich-nationale Tageszeitung, auch bei Nichtmitgliedern.

Landwirtschaft fördern, die Behörden in Verbraucherfragen beraten. Sachverständige in Verbraucherangelegenheiten ernennen usw.

Der uns nächstehende Reichsverband deutscher Konsumvereine (Erfeldorf-Neisholz) ist schon eine Reihe von Jahren für Verbraucherklammern eingetreten.

Das dürfte nicht kommen! Die „Betriebsratszeitung“, Organ des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes (sozialdemokratisch), bringt in ihrer Nummer 7 vom Dezember 1920 einen Artikel „Wirtschaftliche Tiefstide“, in welchem wirklich recht „lieblichende“ Bemerkungen vorkommen. Es wird dort versucht, den Betriebsräten den Begriff Kapital, Produktionsmittel usw. beizubringen und der Artikelschreiber leistet sich dabei wörtlich folgende Stillübung:

„Ein Metallarbeiter hat die Freude am Schraubstock verloren. Er hat Beziehungen zum Lande, von wo er stammt und beschickt, Wurst und Eier aufzukaufen mit geborgtem Geld, um sie in Berlin bei seinen früheren Kollegen, Gastwirten oder Bauknechten anzubringen. Bekanntlich besteht der größte Teil der sogenannten Lebensmittelschieber aus körperlich kräftigen Arbeitern, die tüchtige Lasten tragen können. Aus dem heillosen Metallarbeiter wird bald ein großzügiger Unternehmer als Lebensmittelschieber. Kann jeder Metallarbeiter Lebensmittelschieber werden? Nein, nur eine beschränkte Zahl kann die Existenz- und Aufstiegsmöglichkeit finden.“

Die Behauptung, daß „bekanntlich“ der größte Teil der sogenannten Lebensmittelschieber aus Arbeitern besteht, das dürfte nicht kommen! Was werden dazu die einfachen Arbeiter sagen? Und was sagt die übrige sozialdemokratische Presse zu einer solchen Feststellung? Wenn es wirklich so ist, wie die sozialdemokratische „Betriebsratspost“ glaubt feststellen zu müssen, daß die Mehrzahl der Lebensmittelschieber aus Arbeitern besteht, — eine Feststellung, die doch eine gewisse Kenntnis der im sozialdemokratischen Lager obwaltenden Verhältnisse voraussetzt — dann hätte der Kampf der sozialdemokratischen Presse gegen die Schieber und Wucherer, der auch von uns bestands unterstützt wird, ein anderes, ja vielleicht das gegenteilige Ergebnis gezeitigt. Das wäre wirklich beklagenswert.

**Versteuerung von Ueberstunden.** Es herrscht noch vielfach darüber Unklarheit, ob und inwiefern Vergütungen für geleistete Ueberstunden einkommensteuerpflichtig sind. Bei der Beantwortung dieser Frage ist zu unterscheiden, ob Ueberstunden der Einkommensteuer unterliegen und ob auch von Ueberstunden der zehnprozentige Lohnabzug zu machen ist. Was die erste Frage anbelangt, also die Frage, ob Ueberstunden der Einkommensteuer unterliegen, so ist die Frage zu bejahen. Ueberstundenlohn gehört wie jeder andere Arbeitslohn zum Einkommen und ist daher genau wie alles andere Einkommen der Einkommensteuer unterworfen. Dagegen ist die zweite Frage, also die Frage, ob vom Ueberstundenlohn bei der Auszahlung ein Lohnabzug gemacht werden muß, zu verneinen. Abgesehen für die Entscheidung hierüber ist Ziffer 2 des Erlasses des Reichsministers der Finanzen vom 26. August 1920 — III 2205 —, wo es heißt: „Dem Steuerabzug bleiben bis auf weiteres frei, besondere Entlohnungen für Arbeiten, die über die für den Betrieb regelmäßige Arbeitszeit hinaus geleistet wurden. Demgemäß sind vom Steuerabzug alle besonderen Entlohnungen für Ueberstunden, Ueberstunden, Sonntagsarbeit und für sonstige, über die regelmäßige Arbeitszeit hinausgehende Arbeitsleistungen bis auf weiteres frei zu lassen. Es muß sich aber auch dabei um besondere Entlohnungen handeln; ein Dienstmädchen z. B., das auch Sonntagsarbeit leistet, erhält für diese Sonntagsarbeit keine besondere Vergütung, weshalb hier der Gehaltsabzug dem Abzuge unterworfen bleibt.“ Wir unterstreichen aber nochmals, daß sich dies nur auf die Steuerpflicht der Einkommensteuer bezieht, nicht auf die Einkommensteuerpflicht selbst.

**Der Grundgedanke der Demokratie ist Verantwortung.** In einer Besprechung über „Die Demokratie“ lesen wir in der „Frankfurter Zeitung“ (1921, Nr. 1): „Der Grundgedanke der Demokratie ist das erste und wichtigste, was uns not tut. Verantwortungsbewußtsein bei allen, die es angeht. Denn wenn man einmal von ganz andern durch die Parteien um des Stimmensangs willen die Doktrinen festhalten, die sie in Wahrheit schon lange nicht mehr glauben, wenn sie wie es z. B. die Reichssozialdemokratie seit den Jahren 1918 bis hin zu den heutzutage beliebtesten Agitationen der Regierungsgruppierungen entziehen, deren Notwendigkeit sie nicht zu leugnen vermögen: wenn sie um des Prestigecharakters willen ungehörig in ihrer Prätention oder im Sinne erhalten — dann ist bei ihnen das Verantwortungsbewußtsein genau so durch den Eigennutz erstickt wie bei dem Parteibürokraten, der das Sonderinteresse seines Landes über das Ganze stellt, oder wie bei dem Steuerhintergänger, der sein Einkommen falsch deklariert. Dann verfallt sie wieder diese den Grundgedanken der Demokratie. Denn Demokratie heißt zuerst nicht Rechte, sondern Pflichten, ist vor allem die Pflicht, daß der einzelne sich freudig der Gemeinschaft des Volkes anbeugt, daß er sich als Glied des Volkes mitteilt und darum mitverantwortlich fühlt für dessen Schicksal.“ — Das sind bittere, aber um so zutreffendere Wahrheiten, die da dem demokratischen Volk den Reichssozialisten ins Stammbuch schreiben. Sie können gerade jetzt nur rechten Zeit, wo im Hinblick auf die Freiwahlen die Reichssozialdemokraten sich paritätisch hinsetzen und betonen, um wieder so weiter es dem deutschen Volke gehe, seitdem — sie nicht mehr in der Regierung vertreten sei.

Am 19. Februar ist der achte Wochenbeitrag für das Jahr 1921 fällig.

## Einheits- oder Familienlohn?

Wir geben auch diese Zeitschrift Raum und möchten nur wünschen, daß mehr Kollegen sich äußern.

Zu dem Artikel in Nr. 3 der „Baugewerkschaft“ glaube ich feststellen zu können, daß der weitaus größte Teil der christlichen Bauarbeiter Eifers mit den Ausführungen des Koll. Imbusch voll und ganz einverstanden ist. In unseren Kreisen versteht man es nicht, daß unsere maßgebenden Verbandsinstanzen (Bezirksleiter sowohl wie Lokalbeamte) die Einführung des Familien- oder Soziallohnes solange für undurchführbar halten, bis eine staatliche Regelung erfolgt sei. Und immer wieder wird der alte Einwurf hervorgeholt: bei niedrigerer Konjunktur fliegen dann zuerst die Familienväter auf die Straße. Ich meinerseits glaube nicht, daß die Unternehmer so töricht sind und die besten Kräfte auf die Straße jagen. Denn die Familienväter mit mehreren Kindern unter 14 Jahren stehen doch im besten Mannesalter. Und daß die Unternehmer diesen dann die über 50 Jahre alten (welche mit unterstützungsberechtigten Kindern zum größten Teile ausscheiden) und die Jugendlichen vorziehen sollten, will mir nicht einleuchten. Ein Familienvater bekundet meiner Ansicht nach doch bedeutend mehr Verantwortlichkeitsgefühl wie ein Jugendlings; und aus diesen Erwägungen wird es sich ein Unternehmer wohl reichlich überlegen, ob er zu der obigen Maßnahme schreiten soll. Auch möchte ich die Fragen aufwerfen: Warum soll dieses denn gerade im Baugewerbe zu befürchten sein? Wozu haben wir denn die diesbezüglichen Paragraphen im Betriebsratsgesetz und in unserem Tarifvertrag? Andere Organisationen teilen diese Befürchtungen nicht. Wenn wir auf eine staatliche Regelung dieser Frage warten sollten, können wir schließlich bis zum St. Nimmerleinstag warten. Die Selbsthilfe ist immer noch die beste Hilfe gewesen, und deshalb fordern wir, daß nach Regelung der Urlaubsfrage auch die Frage des Soziallohnes geregelt wird, wie es auch die Metall- und Bergarbeiter in ihren Tarifen getan haben. Unsere Kollegen im Baugewerbe haben gegenüber ihren Kollegen, die unter den Metallarbeitertarifen fallen, monatlich eine Mindereinnahme bis zu 225 M bei fünf Kindern. Dem können wir nicht gleichgültig gegenüberstehen. Bei der Besprechung des Tarifvertrages auf der Jahres-Generalsversammlung habe ich bereits darauf hingewiesen, daß wir sehr enttäuscht darüber waren, daß die Frage Familien- oder Soziallohn nicht tariflich geregelt worden ist. Auch habe ich bei dieser Gelegenheit auf eine Nummer der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“ hingewiesen, worin Vorschläge zur Regelung dieser Frage gemacht wurden. So ein Vorschlag ist, ist auch ein Weg zu finden. Nach meiner Ansicht werden wir in der Zukunft mit unserer Schulpflicht andere Wege gehen müssen, indem wir zugunsten der linderreichen Familienväter den Lohn der Jugendlichen bis zu 20 Jahren etwas herabsenken. Diese Maßnahme wird ja zunächst unter den davon Betroffenen einen Sturm entfachen, aber demgegenüber ist zu betonen: Das Gebot der christlichen Nächstenliebe muß uns hier leiten sein nach den Worten unseres Heilandes: „Was ihr den geringsten meiner Brüder antut, das tut ihr mir an.“ Und wer die Ausführungen des Koll. Imbusch in Nr. 51 der „Baugewerkschaft“ eingehend durchstudiert, wird sich unbedingt damit einverstanden erklären können.

B. Volte, Vorj. der Zimmerer-Ortsgruppe, Essen.

## Deutsche Bauarbeiter in Holland

In Holland wird uns geschrieben: Wir sind hier der Meinung, daß es wieder mal Zeit ist, den Kollegen in Deutschland über die holländischen Verhältnisse Bericht zu erstatten. In der Bauartigkeit hier ist seit Neujahr ein plötzlicher Stillstand eingetreten, hervorgerufen erstens dadurch, daß die Unternehmer wieder mit der Regierung wegen Erhöhung des Uebersteuerungszuschlages unterhandelt; zweitens müssen die Ströme alle auf dem Wasserwege angefahren werden, und da zum 1. Februar erst wieder die Befristung in Kraft tritt, müssen die Schiffe jetzt auf eigenes Risiko fahren, und deshalb hopt es mit der Angst. Wir denken, daß sich in zwei bis drei Wochen die Bauartigkeit wieder heben wird, und daß dann wohl auch wieder Anlässe für deutsche Maurer resp. Bauarbeiter besteht, hierher zu kommen. Die Stuktureure sind bis jetzt von größerer Arbeitslosigkeit verschont geblieben. Mit der Unterbringung der arbeitslos gewordenen Kollegen hat es schon manchmal etwas gehapert, aber nach ein bis zwei Tagen der Arbeitslosigkeit ist es doch immer wieder gelungen, sie unterzubringen. Allerdings nehmen wir an, daß es nach Aufarbeitung der jetzigen Arbeitsgelegenheiten zu einer vorübergehenden Stockung kommen kann. Deshalb muß man doppelt vorzüglich sein, weitere deutsche Kollegen heranzuholen.

Sie warnen ausdrücklich alle Kollegen, sich auf eigene Faust oder durch schon hier beschäftigte Freunde oder bergl. hier Arbeit zu verschaffen resp. verschaffen zu lassen, und dann hierher zu kommen. Denn wenn handelt es sich dann um Unternehmer, denen nichts daran liegt, den Tarif einzuhalten, und die es deshalb vermeiden, sich an die hiesige Arbeitsvermittlung zu wenden. Diese

Unternehmer denken, daß sie unter den selbst „Importierten“ leichter auszubehrende Objekte finden, ganz besonders da sie wissen, daß der von Organisation zu Organisation abgeschlossene Vertrag nur für die Kollegen Gültigkeit hat, die durch ihre Organisation hierher vermittelt werden. Es hat sich in letzter Zeit der Fall ereignet, daß deutsche Kollegen bei der Firma v. b. Waart in Rotterdam, die von allen holländischen Organisationen gesperrt ist, in Arbeit getreten waren, natürlich aus Unkenntnis. Die Kollegen bedenken gar nicht, wie außerordentlich schwer sie uns Deutsche dadurch schädigen, daß sie vor Arbeitsaufnahme nicht erst mit den Organisationen in Verbindung treten. Der angeführte Unternehmer erklärte den holländischen Kollegen: „Wenn Ihr nicht wollt, so lasse ich mir Deutsche kommen.“ Alle Kollegen müssen bedenken, für welche unlauteren Zwecke sie benutzt werden sollen. Die Firma v. b. Waart, Rotterdam, ist nach wie vor von allen Organisationen gesperrt. Wir machen die Kollegen noch besonders darauf aufmerksam, daß jede private Arbeitsaufnahme in Rotterdam seitens der Organisationen streng verboten ist. Die Unternehmer müssen sich, falls sie deutsche Stuktureure und Maurer einstellen wollen, an die holländischen Organisationen wenden, damit eine gewisse Kontrolle gegeben ist. Schon die Einhaltung des Tarifes macht diese Kontrolle nötig. Auch ist zu bedenken, daß die Unternehmer großes Interesse daran haben, recht viel Leute zur Verfügung zu haben, damit sie nicht nur die Deutschen, sondern auch die holländischen Kollegen drücken können. Wir müssen es unter allen Umständen vermeiden, hier etwa als Dohndrücker aufzutreten. All dieses ist bei einer geregelten organisierten Arbeitsvermittlung nicht möglich.

Also, Kollegen, die ihr Arbeit in Holland übernehmen wollt, wendet euch nur an eure Organisation. Wenn ihr dann vermittelt werdet, habt ihr wenigstens die Gewißheit, daß ihr in ein tariflich geregeltes Arbeitsverhältnis kommt, und daß das Unternehmen, das zwischen den Deutschen und den holländischen Kollegen besteht, nicht durch euch gestört wird. Ferner habt ihr, wenn ihr ordnungsgemäß vermittelt seid, stets die Organisation als Stütze hinter euch. Wir sowie unsere holländischen Kollegen lehnen es aber ab, die Kaskaden aus dem Feuer zu holen für solche Kollegen, die sich schon bei der Arbeitsaufnahme nicht um die Organisation gekümmert haben.

Georg Herrman, Scheveningen (Holland).

## Polier- und Schachmeisterbewegung

**Wörs.**  
Fehl auf Agitationsreisen. Der Bezirksleiter Pohl vom sozialdemokratischen Polierbund hat uns kürzlich bei seinen landlichen Agitationsreisen auch hier im Kreise Wörs einen Besuch abgestattet und dabei Phrasen gedroschen, die wir unseren Kollegen nicht vorkommen möchten, dazu aber auch unwahre Behauptungen aufgestellt und böswillig verbreitet, die nicht unwidersprochen bleiben dürfen. Pohl hat sich ja, seitdem der Polierbund die rote Krüge sich auf dem Kopf gestülpt hat, schnell der sozialdemokratischen Agitationsweise angepasst, aber die Geschicklichkeit für einen solchen Reuegang in der Arbeiterbewegung ist doch anscheinend eine Sache, welche sich mit dem Wechsel der Farbe nicht vererbt. Nachdem Pohl sich nach unserer Organisationsunfähigkeit erkundigt hatte, war er zunächst etwas verblüfft (ebenfalls wunderte er sich, daß er hier nur Mitglieder der Kreisvereinigungen antraf). Als er sich von seinem Schreien etwas erholt hatte, erklärte er uns: „Warum schließt ihr euch unserem Bunde nicht an, wir haben für Euch den Vertrag abgeschlossen.“ Auf unsere Einwendungen, daß wir bzw. unsere Sekretäre doch in erster Linie den Vertrag abgeschlossen hätten, der Bund jetzt nur die Vorarbeiten erledigen wollte, erklärte Pohl nochmals, der Bund hat es allein bewerkstelligt, daß die Vereinbarungen zustande gekommen sind. Euer Bezirksleiter Pohl schwindelt euch nur etwas vor, ihr habt an dem Abschluß des Vertrages gar nicht mitgewirkt. Wie sieht die Sache nun in Wirklichkeit aus? Im Sommer hatte der Bundesvorstand mit dem Vorstand des Arbeitgeberbundes bereits einen Wochenlohn entsprechend dem Maurerlohn plus 33 bzw. 44 M für Poliere vereinbart, und zwar hinter dem Rücken seiner Mitglieder, ohne dieselben gehört zu haben, genau wie im Jahre 1918, wo er sich, ohne seine Mitglieder zu fragen, die rote Krüge aufsetzte. Erst als wir gegen diese Vereinbarung ankämpften, wurde das tarifliche Verhandlungsbündnis verhindert. Jetzt erst, nachdem die Bezirksleiter der Bauarbeiterverbände die Verhandlungen für das Industriegebiet in die Hand genommen hatten, konnte das jetzige Lohnabkommen, das den Polieren ganz andere Vorteile bringt, zustande gebracht werden. Der Polierbund hat wohl am allerwenigsten dazu beigetragen. Aber, verehrter Herr Pohl, warum bekommen die Poliere im Kreise Wörs diese vereinbarten Löhne nicht? Wo bleibt da die tätige Vertretung des alleinigen Vertragsunternehmers? Weiß Herr Pohl nicht oder will er es nicht wissen, daß der Wörser Arbeitgeberbund auch zum Industriegebiet gehört, und daß uns diese Löhne nachgezahlt werden müssen? Also, willst du und nicht wünschst alles überlassen, dann bitte, hier ist Zettel!

Auf unsere Erwiderung, daß wir schon lange Jahre christlich organisiert sind und uns auch einem sozialdemokratischen Verbände wie dem Deutschen Polierbunde nicht anschließen würden, erklärte Pohl folgendes: „Ihr Bund

